

Beteiligentransparenzdokumentation

Thüringer Gesetz für eine kommunale Investitionsoffensive 2020 bis 2024

Einbringer: **Fraktion DIE LINKE**
 Fraktion der SPD
 Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache 7/151)

Inhalt

- 1. Drucksache**
- 2. Vom Einbringer übersandte Daten (Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)**
- 3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge**
- 4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 5. Weitere Beiträge (Keine Dokumente vorhanden)**
- 6. Diskussionsforum**

Gemäß § 1 Abs. 1 Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteildokG) wird beim Landtag eine öffentliche Liste der an Gesetzgebungsverfahren beteiligten natürlichen und juristischen Personen geführt (Beteiligentransparenzdokumentation). Dieses Dokument wurde aus den zum Gesetzgebungsverfahren in der Beteiligentransparenzdokumentation vorhandenen Dokumenten und Informationen zum Zweck des Downloads automatisch erstellt.

Stand: 12. Juni 2023

1. Drucksache

G e s e t z e n t w u r f

der Fraktionen DIE LINKE, der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Thüringer Gesetz für eine kommunale Investitionsoffensive 2020 bis 2024

A. Problem und Regelungsbedürfnis

Nach Einschätzung des Gemeinde- und Städtebundes und des Thüringischen Landkreistages beträgt der Investitionsbedarf in den Thüringer Kommunen rund 1,5 Milliarden Euro. Um die kommunale Infrastruktur zu erhalten und bedarfsgerecht auszubauen, wurden den Gemeinden und Landkreisen bereits in den Jahren 2014 bis 2019 zusätzliche Zuweisungen für Investitionen in Höhe von 436 Millionen Euro bereitgestellt. Um die Kommunen, insbesondere vor dem Hintergrund der sich eintrübenden Konjunktur, weiterhin in die Lage zu versetzen, ihren Investitionsbedarf zu decken, ist eine fortgeführte Unterstützung durch Landeszuweisungen, insbesondere für Investitionen in den Bereichen Bildung, Brand- und Katastrophenschutz, Klimaschutz, Kultur, Mobilität und der Modernisierung der digitalen Infrastruktur, erforderlich. Den knappen Kapazitäten im Baugewerbe ist dabei durch eine erhöhte Planungssicherheit zu begegnen. Aus diesem Grund werden die Landeszuweisungen verbindlich für einen Zeitraum von fünf Jahren gesetzlich fixiert.

B. Lösung

Durch das Land werden zusätzliche Haushaltsmittel bereitgestellt, um die Investitionskraft der Kommunen langfristig zu verbessern. Durch den Gesetzentwurf erhalten die Kommunen in den Jahren 2020 bis 2024 investive Zuweisungen in Höhe von 568 Millionen Euro.

C. Alternativen

Keine im Rahmen des Regelungsziels

D. Kosten

Dem Land entstehen in den Haushaltsjahren 2020, 2021, 2022, 2023 und 2024 zusätzliche Kosten in Höhe von insgesamt 568 Millionen Euro. Die Auslagen können aus einer Entnahme aus der Rücklage finanziert werden.

Thüringer Gesetz für eine kommunale Investitionsoffensive 2020 bis 2024

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1**Änderung des Thüringer Gesetzes zur Sicherung der kommunalen Haushalte**

Nach § 6 des Thüringer Gesetzes zur Sicherung der kommunalen Haushalte vom 27. Februar 2014 (GVBl. S. 45), das zuletzt durch Artikel 1 a des Gesetzes vom 12. Februar 2018 (GVBl. S. 5) geändert worden ist, wird folgender § 6 a eingefügt:

"§ 6 a**Investitionspauschalen im Jahr 2020**

(1) Kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte erhalten im Jahr 2020 eine allgemeine investive Zuweisung in Höhe von 43,58 Euro pro Einwohner.

(2) Landkreise und kreisfreie Städte erhalten im Jahr 2020 eine allgemeine investive Zuweisung in Höhe von 34,46 Euro pro Einwohner.

(3) Zuweisungen nach den Absätzen 1 und 2 werden zum 15. März 2020 gezahlt. Als Einwohnerzahl im Sinne dieses Gesetzes gilt die vom Statistischen Landesamt ermittelte Bevölkerung. Maßgebender Stichtag für die Feststellung ist der 31. Dezember 2017 nach dem Gebietsstand zum 31. Dezember 2017. Im Falle einer Gebietsstandserweiterung erhält die Rechtsnachfolgerin den Anteil an der Zuweisung, welcher der einzelnen zusammengeschlossenen Gemeinde zugestanden hätte. Nicht verbrauchte Mittel sind einer Rücklage zuzuführen und in den Folgejahren zweckentsprechend zu verwenden."

Artikel 2**Gesetz zur Stärkung der kommunalen Investitionskraft in den Jahren 2021 bis 2024****§ 1****Investitionspauschale für kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte**

(1) Kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte erhalten in den Jahren 2021, 2022, 2023 und 2024 in jedem Jahr jeweils eine investive Zuweisung in Höhe von 27,99 Euro je Einwohner nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze.

(2) Die Investitionspauschale nach Absatz 1 ist für zusätzliche Investitionen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Brand- und Katastrophenschutz, Klimaschutz, Kultur, Mobilität und der Modernisierung der digitalen Infrastruktur sowie zum Eigenmittellersatz im Rahmen investiver Förderprogramme zu verwenden. Als zusätzlich gilt eine Investition, sofern diese im Haushaltsplan 2020 gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 5 ThürGemHV nicht enthalten ist. Nicht verbrauchte Mittel sind einer Rücklage zuzuführen und in den Folgejahren zweckentsprechend zu verwenden. Die Kreditaufnahme für rentierliche Investitionen darf grundsätzlich nicht versagt werden, sofern die jährliche Tilgung die Investitionspauschale in den einzelnen Haushaltsjahren

nicht übersteigt und spätestens im Jahr 2024 von einer Rentierlichkeit der Maßnahme ausgegangen werden kann.

(3) Als Einwohnerzahl im Sinne dieses Gesetzes gilt die vom Statistischen Landesamt ermittelte Bevölkerung. Maßgebender Stichtag für die Feststellung ist der 31. Dezember 2018 nach dem Gebietsstand zum 31. Dezember 2018. Im Falle einer Gebietsstandserweiterung erhält die Rechtsnachfolgerin den Anteil an der Zuweisung, welcher der einzelnen zusammengeschlossenen Gemeinde zugestanden hätte.

§ 2

Investitionspauschale für Landkreise und kreisfreie Städte

(1) Landkreise und kreisfreie Städte erhalten in den Jahren 2021, 2022, 2023 und 2024 in jedem Jahr jeweils eine investive Zuweisung in Höhe von 18,66 Euro je Einwohner nach Maßgabe der nachfolgenden Absätze.

(2) § 1 Abs. 2 gilt entsprechend.

(3) § 1 Abs. 3 gilt entsprechend.

§ 3

Auszahlungen

Zuweisungen nach den §§ 1 und 2 werden bis zum 15. März des jeweiligen Jahres ausgezahlt. Eine Verrechnung mit Zuweisungen nach § 24 ThürFAG findet nicht statt.

§ 4

Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung

Der Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung ist im Rahmen der jeweiligen Jahresrechnung der kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städte und Landkreise zu führen. Bei festgestellter nicht zweckentsprechender Verwendung der Zuweisungen sind die Mittel zurückzuzahlen.

§ 5

Zuständigkeit

Oberste Vollzugsbehörde für dieses Gesetz ist das für den kommunalen Finanzausgleich zuständige Ministerium. Für den Vollzug zuständig sind weiterhin die für die Aufsicht über die Kommunen zuständigen oberen und unteren Behörden gemäß § 118 Thüringer Kommunalordnung.

§ 6

Evaluation

Das für den kommunalen Finanzausgleich zuständige Ministerium wird im Rahmen eines Evaluationsberichts zum 30. Juni 2022 und zum 31. Dezember 2024 dem Landtag über die erzielte Wirkung der zugewiesenen Investitionspauschalen informieren.

Artikel 3

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Begründung:**Zu Artikel 1:**

Zu § 6 a:

§ 6 a regelt die Investitionspauschalen für kreisangehörige Gemeinden, kreisfreie Städte und Landkreise als rechtsverbindlichen Anspruch auf eine allgemeine investive Zuweisung. Die Verteilung erfolgt auf Basis der Einwohner je Gebietskörperschaft. Die kommunalen Spitzenverbände haben in ihrer Pressemitteilung vom 18. November 2019 Investitionsbedarfe in Höhe von mindestens 125 Millionen Euro geltend gemacht.

Die Verteilung orientiert sich grundsätzlich an den Investitionsbedarfen der kreisangehörigen Gemeinden, kreisfreien Städte und Landkreise nach dem Verhältnis der gemeindlichen und kreislichen Aufgaben im kommunalen Finanzausgleich, das heißt 40,7 zu 59,3 Prozent. Mit Blick auf die tatsächlichen Investitionen der vergangenen Jahre werden Investitionsbedarfe der kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte im Vergleich zu den Landkreisen in einem Verhältnis von 75 zu 25 Prozent bezogen auf die Forderung vom 18. November 2019 anerkannt. Um diesen Bedarfen insgesamt Rechnung zu tragen, wird der Gesamtbetrag der Investitionspauschale auf rund 168 Millionen Euro festgesetzt. Im Ergebnis erhalten die kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte die erforderlichen Mittel zur Deckung der von ihnen identifizierten Investitionsbedarfe ebenso wie die Landkreise.

Nach Absatz 1 stehen für das Jahr 2020 rund 93.750.000 Euro für kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte bereit.

Nach Absatz 2 stehen für das Jahr 2020 rund 74.130.000 Euro für Landkreise und kreisfreie Städte bereit.

Zu Artikel 2:

Zu § 1:

Der Paragraph regelt die zusätzlichen investiven Zuweisungen für kreisangehörige Gemeinden und kreisfreie Städte.

Nach Absatz 1 stehen in den Jahren 2021, 2022, 2023 und 2024 in jedem Jahr jeweils 59.986.629 Euro, insgesamt 239.946.514 Euro, für die kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte bereit.

Absatz 2 regelt die Verwendungszwecke, wonach die zusätzlichen Zuweisungen für Investitionen, insbesondere in den Bereichen Bildung, Brand- und Katastrophenschutz, Klimaschutz, Kultur, Mobilität und der Modernisierung der digitalen Infrastruktur oder zum Eigenmittelerersatz, im Rahmen investiver Förderprogramme zu verwenden sind. Der Katalog der Investitionsbereiche ist nicht abschließend, um den kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städten auch Investitionen über diese Bereiche hinaus zu ermöglichen. Zudem wird geregelt, dass nicht verbrauchte Mittel der Rücklage zuzuführen und in den Folgejahren zweckentsprechend zu verwenden sind.

In Absatz 3 wird für die vom Statistischen Landesamt ermittelte Bevölkerung zum Stichtag 31. Dezember 2018 nach dem Gebietsstand zum 31. Dezember 2018 als Bezugsgröße der für die investiven Zuweisungen maßgeblichen Einwohnerzahl bestimmt.

Zu § 2:

Der Paragraph regelt die zusätzlichen investiven Zuweisungen für Landkreise und kreisfreie Städte.

Nach Absatz 1 stehen in den Jahren 2021, 2022, 2023 und 2024 in jedem Jahr jeweils 39.991.086 Euro, insgesamt 159.964.343 Euro, für die Landkreise und kreisfreien Städte bereit.

Absatz 2 regelt, dass die in § 1 Abs. 2 bestimmten Verwendungszwecke entsprechend für die Landkreise gelten.

Absatz 3 regelt, dass die Bezugsgröße der für die investiven Zuweisungen maßgeblichen Einwohnerzahl entsprechend für die Landkreise gilt.

Zu § 3:

Der Paragraph regelt die Termine für die Auszahlung.

Zu § 4:

Der Paragraph regelt die Verwendungsnachweisführung und die Rückzahlungsverpflichtung im Falle einer nicht zweckentsprechenden Verwendung.

Zu § 5:

Der Paragraph regelt die Zuständigkeit für den Vollzug des Gesetzes.

Zu § 6:

Der Paragraph regelt die Evaluierung.

Zu Artikel 3:

Der Artikel regelt das Inkrafttreten.

Für die Fraktion
DIE LINKE:

Für die Fraktion
der SPD:

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN:

Hennig-Wellsow

Hey

Adams

2. Vom Einbringer übersandte Daten

(Vom Einbringer wurden bisher keine Daten übersandt.)

3. Im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens eingebrachte Beiträge

Die folgenden natürlichen und juristischen Personen haben sich im Rahmen des parlamentarischen Anhörungsverfahrens beteiligt.

IHK Ostthüringen zu Gera
Industrie- und Handelskammer Südthüringen
Gemeinde- und Städtebund Thüringen
Thüringischer Landkreistag
Selbstverwaltung für Thüringen e.V.

Die Beiträge der Beteiligten sind in der Beteiligtransparenzdokumentation nur enthalten, wenn die Zustimmung zur Veröffentlichung erteilt wurde.

THUR. LANDTAG POST
24.02.2020 10:28

Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera | Postfach 3062 | 07490 Gera

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss
Jürgen-Fuchs-Str. 1
99096 Erfurt

Bearbeitet von

E-Mail

Telefon

Gera, 20. Februar 2020

Stellungnahme zu Gesetzentwürfen „Sicherung kommunale Haushalte“ und „kommunale Investitionsoffensive“

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Sicherung der kommunalen Haushalte und die Schließung der bestehenden Investitionslücke bei den Kommunen ist ein wichtiges Anliegen auch für die Thüringer Wirtschaft. Deswegen begrüßen wir grundsätzlich die dahingehende Unterstützung des Freistaates.

Dennoch ist zu den vorliegenden Entwürfen nur ein indirekter Wirtschaftsbezug über die Vergabe von Aufträgen an Unternehmen gegeben, weswegen wir uns nicht detailliert äußern.

Für die zügige und rechtsichere Umsetzung der avisierten Investitionen ist aber eine Überarbeitung des Thüringer Vergabegesetzes unabdingbar, wie wir sie als IHK-Organisation schon seit langem fordern und dies hiermit erneuern.

Mit freundlichen Grüßen

Leiterin Geschäftsbereich
Wirtschaft und Technologie

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Sicherung der kommunalen Haushalte Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drucksache 7/54 - Thüringer Gesetz für eine kommunale Investitionsoffensive 2020 bis 2024 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/151 - korrigierte Fassung											
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td>IHK Ostthüringen zu Gera</td> <td>Körperschaft des öffentlichen Rechts</td> </tr> <tr> <td>Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td>Gaswerestr. 23</td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td>07546 Gera</td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	IHK Ostthüringen zu Gera	Körperschaft des öffentlichen Rechts	Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gaswerestr. 23	Postleitzahl, Ort	07546 Gera
	Name	Organisationsform									
	IHK Ostthüringen zu Gera	Körperschaft des öffentlichen Rechts									
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Gaswerestr. 23									
Postleitzahl, Ort	07546 Gera										
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>										
	<table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Name</td> <td style="width: 50%;">Vorname</td> </tr> <tr> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td colspan="2"> <input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td>Straße, Hausnummer</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Postleitzahl, Ort</td> <td></td> </tr> </table>	Name	Vorname			<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer		Postleitzahl, Ort	
	Name	Vorname									
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer										
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	<div style="text-align: center;">1716</div>	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input checked="" type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input checked="" type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber!	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift	Industrie- und Handelskammer Ostthüringen zu Gera Gaswerkstraße 23 07540 Gera
Gera, 03.03.2020		



Industrie- und Handelskammer
Südthüringen

Hauptgeschäftsführer

THÜR. LANDTAG POST
24.02.2020 15:10

4264/2020

Industrie- und Handelskammer Südthüringen / Postfach 30 02 40 / 98502 Suhl

Thüringer Landtag
Innen- und Kommunalausschuss

Jürgen-Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt

Stellungnahme zum Entwurf eines Thüringer Gesetzes für eine kommunale Investitionsoffensive 2020 bis 2024, Drs. 7/151

Datum
24.02.2020

Ihr Zeichen/Nachricht vom

Sehr geehrter

Ihr Ansprechpartner

die Industrie- und Handelskammer Südthüringen bedankt sich für Ihr Schreiben vom 3. Februar 2020 und die Gelegenheit, zum Entwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein „Thüringer Gesetz für eine kommunale Investitionsoffensive 2020 bis 2024“ Stellung zu nehmen.

Mit Verabschiedung dieses Gesetzes erhöht sich der finanzielle Handlungsspielraum für die kreisangehörigen Gemeinden und kreisfreien Städte in den Jahren 2020 bis 2024 ganz erheblich. Auf diese Weise können Erhöhungen der kommunalen Steuern, insbesondere der Realsteuern, für investive Zwecke weitgehend ausgeschlossen werden. Belastungen der hiesigen Unternehmen werden so vermieden und der Standort wird gestärkt. Die Industrie- und Handelskammer Südthüringen stimmt daher den Intentionen des Gesetzentwurfs zu.

Fax
+49 3681 362-300
www.suhl.ihk.de

Mit freundlichen Grüßen

Hauptgeschäftsführer

INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER
SÜDTHÜRINGEN

Hauptgeschäftsstelle
Bahnhofstraße 4-8
98527 Suhl

Bildungszentrum
Hauptstraße 33
98529 Suhl-Mäbendorf

Niederlassung Arnstadt
Krappgartenstraße 37-41
99310 Arnstadt

Niederlassung Sonneberg
Gustav-König-Straße 27
98515 Sonneberg

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen in den folgenden Feldern 1 bis 6 werden als verpflichtende Mindestinformationen im Internet veröffentlicht. Wenn Sie Ihre Zustimmung in Feld 7 zur Veröffentlichung Ihres inhaltlichen Beitrags geben, wird auch Ihr Beitrag auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Bezeichnung des Gesetzgebungsentwurfs		
Thüringer Gesetz für eine kommunale Investitionsoffensive 2020 bis 2024 der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drs. 7/151		
1.	bei natürlichen Personen	
	Name	
	Vorname	
	bei juristischen Personen	
	Name	
Industrie- und Handelskammer Südthüringen	Körperschaft des öffentlichen Rechts	
2.	bei natürlichen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <input type="checkbox"/>	
	(Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird nicht veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	
	bei juristischen Personen	
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer	Bahnhofstraße 4-8
	Postleitzahl, Ort	98527 Suhl
	3.	Schwerpunkt der inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit der natürlichen oder juristischen Person
Die IHK hat die Aufgabe, das Gesamtinteresse der ihr zugehörigen Gewerbetreibenden ihres Bezirkes wahrzunehmen, für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft zu wirken und dabei die wirtschaftlichen Interessen einzelner Gewerbebezüge oder Betriebe abwägend und ausgleichend zu berücksichtigen. Die IHK ist zudem anstelle des Staates mit Aufgaben der Wirtschaftsverwaltung betraut.		

4.	Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte des Beitrags	
	Die Industrie- und Handelskammer Südthüringen stimmt den Intentionen des Gesetzentwurfs zu.	
5.	nur soweit zutreffend: für den Fall einer Eigeninitiative	
	Anlass der Stellungnahme	
	Form der Stellungnahme	
	<input type="checkbox"/> schriftlich	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail
6.	nur soweit zutreffend: bei Anwaltskanzleien Benennung des Auftraggebers	
7.	Ich stimme der Veröffentlichung meines Beitrags auf den Internetseiten des Thüringer Landtags zu.	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein	

☒ Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben. Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss en.

Ort, Datum	Unterschl
Suhl, 24.02.2020	

--

**Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetzes**

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenzdocumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligungstransparenzdocumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?											
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Sicherung der kommunalen Haushalte Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drucksache 7/54 - Thüringer Gesetz für eine kommunale Investitionsoffensive 2020 bis 2024 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/151 - korrigierte Fassung											
1.	Haben Sie sich als juristische Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>										
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Organisationsform</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px; text-align: center;"> Gemeinde- und Städtebuna Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50 </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Geschäfts- oder Dienstadresse</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer (oder Postfach)</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Organisationsform	Gemeinde- und Städtebuna Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50		Geschäfts- oder Dienstadresse		Straße, Hausnummer (oder Postfach)		Postleitzahl, Ort	
	Name	Organisationsform									
	Gemeinde- und Städtebuna Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50										
	Geschäfts- oder Dienstadresse										
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)										
Postleitzahl, Ort											
2. Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)</small>											
	<table style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Name</td> <td style="width: 50%; border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Vorname</td> </tr> <tr> <td colspan="2" style="padding: 2px;"> <div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small> </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Straße, Hausnummer</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"> Gemeinde- und Städtebuna Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50 </td> </tr> <tr> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;">Postleitzahl, Ort</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 2px;"></td> </tr> </table>	Name	Vorname	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>		Straße, Hausnummer	Gemeinde- und Städtebuna Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50	Postleitzahl, Ort			
	Name	Vorname									
	<div style="display: flex; justify-content: space-between;"> <input checked="" type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse </div> <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>										
	Straße, Hausnummer	Gemeinde- und Städtebuna Thüringen Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt Tel. (0361) 2 20 50 - 0 Fax (0361) 2 20 50 - 50									
Postleitzahl, Ort											

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	Kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO Art. 9 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input checked="" type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input checked="" type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input checked="" type="checkbox"/> per E-Mail	<input type="checkbox"/> per Brief
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 26. Febr. 2020	

**Gemeinde- und Städtebund
Thüringen**

Richard-Breslau-Str. 14 • 99094 Erfurt
Tel. (0361) 2 20 50 • 0
Fax (0361) 2 20 50 • 60

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligtentransparenzdokumentationsgesetz (ThürBeteilDokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteilDokG in der Beteiligtentransparenzdokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Sicherung der kommunalen Haushalte Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drucksache 7/54 - Thüringer Gesetz für eine kommunale Investitionsoffensive 2020 bis 2024 Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drucksache 7/151 - korrigierte Fassung		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)	
	Name	Organisationsform
	Thüringischer Landkreistag	e. V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Richard-Breslau-Str. 13
	Postleitzahl, Ort	99094 Erfurt
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? (§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteilDokG)	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse (Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilldokG)	
	kommunaler Spitzenverband i.S.v. §§ 126, 127 ThürKO, Art. 91 Abs. 4 ThürVerf	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher <input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilldokG)	
	Bewertung des Gesetzentwurfs / Verordnungsentwurfs aus kreislicher Perspektive	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilldokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input checked="" type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift
Erfurt, 07.02.20	

Formblatt zur Datenerhebung
nach § 5 Abs. 1 des Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetzes

Jede natürliche oder juristische Person, die sich mit einem schriftlichen Beitrag an einem Gesetzgebungsverfahren beteiligt hat, ist nach dem Thüringer Beteiligungstransparenz dokumentationsgesetz (ThürBeteil dokG) verpflichtet, die nachfolgend erbetenen Angaben – soweit für sie zutreffend – zu machen.

Die Informationen der folgenden Felder 1 bis 6 werden in jedem Fall als verpflichtende Mindestinformationen gemäß § 5 Abs. 1 ThürBeteil dokG in der Beteiligungstransparenz dokumentation veröffentlicht. Ihr inhaltlicher Beitrag wird zusätzlich nur dann auf den Internetseiten des Thüringer Landtags veröffentlicht, wenn Sie Ihre Zustimmung hierzu erteilen.

Bitte gut leserlich ausfüllen und zusammen mit der Stellungnahme senden!

Zu welchem Gesetzentwurf haben Sie sich schriftlich geäußert (Titel des Gesetzentwurfs)?		
Thüringer Gesetz für eine kommunale Investitionsoffensive 2020 bis 2024 - Drucksache 7/151		
1.	Haben Sie sich als Vertreter einer juristischen Person geäußert, d. h. als Vertreter einer Vereinigung natürlicher Personen oder Sachen (z. B. Verein, GmbH, AG, eingetragene Genossenschaft oder öffentliche Anstalt, Körperschaft des öffentlichen Rechts, Stiftung des öffentlichen Rechts)? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG; Hinweis: Wenn nein, dann weiter mit Frage 2. Wenn ja, dann weiter mit Frage 3.)</small>	
	Name	Organisationsform
	Selbstverwaltung für Thüringen	e.V.
	Geschäfts- oder Dienstadresse	
	Straße, Hausnummer (oder Postfach)	Bahnhofstraße 23 a
	Postleitzahl, Ort	07768 Kahla
2.	Haben Sie sich als natürliche Person geäußert, d. h. als Privatperson? <small>(§ 5 Abs. 1 Nr. 1, 2 ThürBeteil dokG)</small>	
	Name	Vorname
	<input type="checkbox"/> Geschäfts- oder Dienstadresse <input type="checkbox"/> Wohnadresse <small>(Hinweis: Angaben zur Wohnadresse sind nur erforderlich, wenn keine andere Adresse benannt wird. Die Wohnadresse wird in keinem Fall veröffentlicht.)</small>	
	Straße, Hausnummer	
	Postleitzahl, Ort	

3.	Was ist der Schwerpunkt Ihrer inhaltlichen oder beruflichen Tätigkeit ? (§ 5 Abs. 1 Nr. 3 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
4.	Haben Sie in Ihrem schriftlichen Beitrag die entworfenen Regelungen insgesamt eher	
	<input type="checkbox"/> befürwortet, <input type="checkbox"/> abgelehnt, <input type="checkbox"/> ergänzungs- bzw. änderungsbedürftig eingeschätzt?	
	Bitte fassen Sie kurz die wesentlichen Inhalte (Kernaussage) Ihres schriftlichen Beitrages zum Gesetzgebungsverfahren zusammen! (§ 5 Abs. 1 Nr. 4 ThürBeteilddokG)	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
5.	Wurden Sie vom Landtag gebeten, einen schriftlichen Beitrag zum Gesetzgebungsvorhaben einzureichen? (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja (Hinweis: weiter mit Frage 6)	<input type="checkbox"/> nein
	Wenn Sie die Frage 5 verneint haben: Aus welchem Anlass haben Sie sich geäußert?	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	In welcher Form haben Sie sich geäußert?	
	<input type="checkbox"/> per E-Mail <input type="checkbox"/> per Brief	
6.	Haben Sie sich als Anwaltskanzlei im Auftrag eines Auftraggebers mit schriftlichen Beiträgen am Gesetzgebungsverfahren beteiligt? (§ 5 Abs. 1 Nr. 6 ThürBeteilddokG)	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein (weiter mit Frage 7)
	Wenn Sie die Frage 6 bejaht haben: Bitte benennen Sie Ihren Auftraggeber !	
	[Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	

7.	Stimmen Sie einer Veröffentlichung Ihres schriftlichen Beitrages in der Beteiligtentransparenzdokumentation zu? (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürBeteilG) [Die Beteiligten haben keine Information übermittelt.]	
	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Mit meiner Unterschrift versichere ich die **Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**.
 Änderungen in den mitgeteilten Daten werde ich unverzüglich und unaufgefordert bis zum Abschluss
 des Gesetzgebungsverfahrens mitteilen.

Ort, Datum	Unterschrift

4. Eigeninitiativ eingebrachte Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

5. Weitere Beiträge

(Keine Dokumente vorhanden)

6. Diskussionsforum

Diskussionsforum

des Thüringer Landtags

Anlage

Zweites Gesetz zur Änderung des Thüringer Gesetzes zur Sicherung der kommunalen Haushalte

Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP

- Drucksache 7/54 -

Thüringer Gesetz für eine kommunale Investitionsoffensive 2020 bis 2024

Gesetzentwurf der Fraktionen DIE LINKE, der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 7/151 - korrigierte Fassung –

Welche grundsätzliche Auffassung vertreten Sie zu den beiden Gesetzentwürfen und welche Hinweise haben Sie zu den einzelnen Bestimmungen?

Erstellt	Angaben zum Autor	Titel	Beitrag
11. Februar 2020	Enrico Gräfe* Keyaccountmanager (Werbung/Marketing)	Investitionspauschale ist notwendig, aber zu niedrig	Sehr geehrte Damen und Herren, als Mitglied des Gemeinderats einer kleinen Gemeinde im LK SLF-RU muss ich Sitzung für Sitzung erschüttert feststellen, wie massiv unterfinanziert Gemeinden in Thüringen doch sind. Hierbei geht es nicht um freiwillige Leistungen zur Verbesserung der Lebensqualität sondern um massive Probleme, die ich gern am Beispiel der Feuerwehr kurz darlegen möchte. In der laufenden Wahlperiode, also seit Mai 2019, wurde unseren

* Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilDokG nicht in der Beteiligientransparenzdokumentation veröffentlicht.

			<p>Ratsmitgliedern in jeder Sitzung von einzelnen Feuerwehrstützpunkten dargelegt dass es teilweise gar keine Schutzkleidung gibt, die vorhandene 20-30 Jahre alt ist, Funkgeräte nicht funktionieren und notwendige Ausstattungen wie mobile Staufufen schlicht nicht existieren (die Liste könnte ich noch weiterführen). Unsere Gemeinde befindet sich, wie so viele andere auch, in der Konsolidierung und verfügt dementsprechend gar nicht über die notwendigen Mittel um den extrem hohen Investitionsstau aufzulösen - dafür wären weit über eine Million Euro notwendig. Die freiwilligen Feuerwehren haben, nicht nur in unserer Gemeinde, ein Nachwuchsproblem - deshalb brennt mir dieses Thema massiv unter den Nägeln: denn ohne zumindest grundlegende funktionierende Ausrüstung wird man keine neuen Feuerwehrleute akquirieren können.</p> <p>Die Liste der dringend notwendigen Investitionen lässt sich natürlich beliebig weiterführen, sei es in Betreuungseinrichtungen, Infrastruktur, der Leistungsfähigkeit der Verwaltung - die Feuerwehr ist aber das am schlechtesten finanzierte "Projekt", obwohl es gesetzlich vorgeschrieben ist.</p> <p>Ich plädiere daher für eine fortlaufende Investitionspauschale - da eine einmalige Zahlung nicht im Ansatz ausreichen würde. Darüberhinaus würde ich Sie bitten sich intensiv mit der Finanzierung der Feuerwehren zu beschäftigen, die Anforderungen sind für Gemeinden und Städte schlicht nicht finanzierbar. Und wir alle wollen doch, dass im Notfall die Helfer auch kommen.</p> <p>In diesem Sinne</p> <p>alles Gute.</p>
--	--	--	--

* Bei dem mit * gekennzeichneten Beitrag wurde von dem Autor seine Wohnadresse angegeben. Wohnadressen natürlicher Personen werden gemäß § 5 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 ThürBeteilddokG nicht in der Beteiligentransparenzdokumentation veröffentlicht.